



Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union

Geschichte und Zweck des Abkommens

Das am 21. Juni 1999 in Luxemburg unterzeichnete bilaterale Abkommen über den freien Personenverkehr (Freizügigkeitsabkommen/FZA) bezweckt einerseits die Einführung des freien Personenverkehrs für Erwerbstätige (Arbeitnehmende und Selbstständigerwerbende), für Nichterwerbstätige (Studierende, Rentnerinnen und Rentner und andere Nichterwerbstätige) und andererseits die teilweise Liberalisierung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen (persönliche Dienstleistungserbringung). Das FZA wurde 2000 vom Volk genehmigt und am 1. Juni 2002 in Kraft gesetzt.

Am 21. Juni 2001 wurde das Übereinkommen vom 4. Januar 1960 zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) geändert. Das EFTA-Abkommen sieht nun weitgehend dieselben Bestimmungen wie das FZA und für seine Staatsangehörigen eine analoge Regelung wie für EU-Staatsangehörige vor. Für das Fürstentum Liechtenstein besteht eine Sonderregelung.

Die Ausdehnung des FZA auf die zehn 2004 beigetretenen Staaten wurde 2005 vom Volk genehmigt und am 1. April 2006 in Kraft gesetzt. Am 1. Juni 2004 wurden gleichzeitig mit der Ausdehnung des Abkommens auf die zehn neuen EU-Staaten die flankierenden Massnahmen zum Personenverkehr eingeführt. Sie schützen die inländischen Arbeitnehmenden vor allfälligem Lohndumping. Die Weiterführung des Abkommens sowie die Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien (EU-2) wurden im Februar 2009 vom Volk genehmigt. Deshalb profitieren rumänische und bulgarische Staatsangehörige seit dem 1. Juni 2009 ebenfalls vom FZA.

Das Abkommen sieht keinen automatischen, sondern einen schrittweisen Übergang zur Freizügigkeit der Arbeitnehmenden und der Selbstständigen vor. Der Zugang zum Arbeitsmarkt bleibt während der Übergangsfrist reglementiert.

Die am 16. Dezember 2016 erfolgte Ratifizierung des Protokolls III FZA hatte zur Folge, dass das Abkommen auf Kroatien ausgedehnt wurde. Das Protokoll III trat am 1. Januar 2017 in Kraft. Der Zugang zum Arbeitsmarkt blieb für kroatische Staatsangehörige bis am 31. Dezember 2021 beschränkt. Seit 1. Januar 2022 gilt für kroatische Staatsangehörige der vollständige freie Personenverkehr.

Sollte die Zuwanderung von kroatischen Arbeitskräften einen bestimmten Schwellenwert überschreiten, kann sich die Schweiz auf eine Schutzklausel berufen und die Zahl der Bewilligungen ab 1. Januar 2023 und längstens bis Ende 2026 erneut begrenzen.

Berechtigte und Inhalt des Freizügigkeitsabkommens

Die Berechtigten des Abkommens sind Staatsangehörige aus den EU/EFTA-Mitgliedstaaten sowie ihre Familienangehörigen und entsandte Arbeitnehmende eines Unternehmens mit Sitz in einem EU/EFTA-Mitgliedstaat, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Arbeitnehmende aus Drittstaaten, dürfen nur entsandt werden, wenn sie dauerhaft auf dem regulären Arbeitsmarkt in einem EU/EFTA-Mitgliedsstaat zugelassen sind.

Bei der Anwendung der Bestimmungen über den freien Personenverkehr ist jede Diskriminierung im Zusammenhang mit der Staatsangehörigkeit untersagt. Die aus dem Abkommen berechtigten Personen haben deshalb Anspruch auf gleiche Lebens-, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen wie die Inländer.

- **Familiennachzug**

Staatsangehörige aus den EU/EFTA-Staaten haben das Recht, von ihren Familienangehörigen begleitet zu werden. Der Familiennachzug unterliegt jedoch gewissen Anforderungen, welche folgendem Factsheet zu entnehmen sind: [Familiennachzug](#).

- **Aufenthalt in der Schweiz mit Aufnahme einer Erwerbstätigkeit**

Der freie Personenverkehr umfasst das Recht, in die Schweiz einzureisen, sich dort aufzuhalten, Zugang zu einer Beschäftigung zu suchen oder sich als Selbstständigerwerbenden niederzulassen. Ausführlichere Informationen sind folgendem Factsheet zu entnehmen: [Aufenthalt in der Schweiz mit Aufnahme einer Erwerbstätigkeit](#).

- **Aufenthalt in der Schweiz ohne Erwerbstätigkeit**

Nichterwerbstätige Personen wie Rentnerinnen und Rentner oder Studierende haben ebenfalls einen Rechtsanspruch auf Einreise und Aufenthalt, sofern sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen – insbesondere genügend finanzielle Mittel sowie Krankenversicherungsschutz. Ausführlichere Informationen sind folgendem Factsheet zu entnehmen: [Aufenthalt in der Schweiz ohne Erwerbstätigkeit](#).

- **Grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung (EU/EFTA)**

Die grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringenden aus den EU/EFTA-Mitgliedstaaten können ein Recht auf Einreise und Aufenthalt während maximal 90 effektiven Arbeitstagen pro Kalenderjahr geltend machen. Wird die Dienstleistung im Rahmen eines besonderen bilateralen Abkommens über die Erbringung von Dienstleistungen erbracht, ist das Aufenthaltsrecht während der ganzen Dauer der Dienstleistungserbringung gewährleistet. Ausführlichere Informationen sowie Erklärungen zum obligatorischen Online-Meldeverfahren sind folgendem Factsheet zu entnehmen: [Grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung \(EU/EFTA\)](#).

- **Grenzgängerinnen und Grenzgänger**

EU/EFTA-Staatsangehörige, welche in der Schweiz einer Erwerbstätigkeit nachgehen und gleichzeitig ihren festen Wohnort in einem EU/EFTA-Mitgliedstaat beibehalten, gelten als Grenzgängerinnen oder Grenzgänger und unterliegen somit besonderen Bestimmungen. Ausführlichere Informationen sind folgendem Factsheet zu entnehmen: [Grenzgängerinnen und Grenzgänger](#).

Kategorien von Aufenthaltsbewilligungen

Die Aufenthalte von weniger als drei Monaten, als Tourist respektive als Nichterwerbstätiger, müssen nicht angemeldet werden. Folgende Bewilligungstypen kommen zur Anwendung:

- **Kurzaufenthaltsbewilligung L EU/EFTA**

Die Kurzaufenthaltsbewilligung L EU/EFTA wird in erster Linie an *Arbeitnehmende*, die im Besitz einer Arbeitsbescheinigung (Arbeitsvertrag) zwischen drei Monaten und einem Jahr sind, und an Stellensuchende, bei Aufenthalt über drei Monaten, ausgestellt. Studierende erhalten ebenfalls eine Bewilligung für ein Jahr, welche bis zum regulären Abschluss des Studiums um jeweils ein weiteres Jahr verlängert wird.

Die Bewilligungsdauer bei Arbeitnehmenden richtet sich nach der Dauer des Arbeitsverhältnisses. Es besteht ein Recht auf geographische und berufliche Mobilität. Die Kurzaufenthaltsbewilligung kann verlängert oder erneuert werden.

- **Aufenthaltsbewilligung B EU/EFTA**

Diese Bewilligung ist fünf Jahre gültig und kann verlängert werden. Sie wird in erster Linie ausgestellt für *Arbeitnehmende*, die im Besitz einer überjährigen oder einer unbefristeten Arbeitsbescheinigung (Arbeitsvertrag) sind.

Selbstständig Erwerbstätige haben, sofern sie nachweisen, dass sie effektiv eine selbstständige Erwerbstätigkeit ausüben, Anspruch auf eine fünf Jahre gültige Aufenthaltsbewilligung B EU/EFTA.

Nicht erwerbstätige Personen erhalten ebenfalls eine Bewilligung B EU/EFTA, sofern sie über ausreichende finanzielle Mittel und eine alle Risiken abdeckende Kranken- und Unfallversicherung verfügen.

- **Grenzgängerbewilligung G EU/EFTA**

Es handelt sich um eine Sonderbescheinigung, die für die *abhängig beschäftigten und selbstständig erwerbenden Grenzgängerinnen und Grenzgänger* ausgestellt wird. Die Gültigkeitsdauer dieser Bewilligung für den abhängig beschäftigten Grenzgänger entspricht der Dauer des Arbeitsvertrags, sofern dieser mehr als drei Monate und weniger als ein Jahr beträgt. Ist der Arbeitsvertrag überjährig oder unbefristet, so ist die Bewilligung fünf Jahre lang gültig.

- **Niederlassungsbewilligung C EU/EFTA**

Diese Bewilligung wird vom FZA nicht erfasst und wird wie bisher auf Grund von Niederlassungsvereinbarungen oder Gegenrechtserwägungen erteilt. Sie ist von unbeschränkter Dauer. Angehörige der westeuropäischen EU- und der EFTA-Staaten erhalten grundsätzlich eine Niederlassungsbewilligung nach einem Aufenthalt von fünf oder zehn Jahren in der Schweiz. Mehr Informationen dazu finden Sie hier: [Ausweis C EU/EFTA \(Niederlassungsbewilligung\)](#)